

§ 1
Rechtsform und Betriebszweck

6. Satzung vom 11.12.2018 zur Änderung der Betriebsatzung der Alten Hansestadt Lemgo für die Städtischen Betriebe Lemgo vom 28.09.2005, zuletzt geändert durch die 5. Änderungssatzung vom 21.12.2010

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1, 8, 41 Abs. 1 S. 2 Buchst. f, 97, 107 Abs. 2 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) in Verbindung mit der Eigentriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) vom 16.11.2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S. 15), zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 559), hat der Rat der Alten Hansestadt Lemgo am 10.12.2018 folgende Änderung der Satzung vom 28.09.2005 beschlossen:

Art. 1

Die Betriebsatzung der Städtischen Betriebe Lemgo wird wie folgt ergänzt/geändert:

1. In § 1 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „sowie des Friedhofwesens“ gestrichen.
2. In § 1 wird der neue Absatz 3 eingefügt:
„Zum Betriebszweck gehören darüber hinaus
a) Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der öffentlichen Grünanlagen, Pflege und Unterhaltung von Ehrenmalen, Ehrengräbern, jüdische Friedhöfe und Gräbern der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft sowie der Grünflächenservice für die städt. Dienststellen und Einrichtungen wie Sportplätze, Kinderspielflächen, Grünanlagen der bebauten öffentlichen Grundstücke, Straßenbegleitgrün an Straßen und Wegen u. ä.
b) Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der städt. Friedhöfe einschl. der baulichen Anlagen.“
3. Aus dem ehemaligen § 1 Abs. 3 wird § 1 Abs. 4.
4. In § 4 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „und ‚Forst und Grün Lemgo““ gestrichen.
5. In § 4 Abs. 2 werden die Worte „und Abberufung“ eingefügt.
6. In § 5 lit. e werden die Worte „und Abberufung“ eingefügt.
7. In § 16 Abs. 2 wird der Verweis auf „§ 26 Abs. 3“ durch „§ 26 Abs. 4“ ersetzt.

Art. 2

Die Betriebsatzung in der aktuellen Fassung hat folgenden Wortlaut:

Betriebsatzung der Alten Hansestadt Lemgo
für die "Städtischen Betriebe Lemgo" vom 28.09.2005
in der Fassung der 6. Änderungssatzung vom 11.12.2018

- (1) Der Baubetriebshof der Stadt Lemgo wird in der Form eines wirtschaftlichen Unternehmens ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des § 97 Abs. 1 Ziffer 3 GO NRW aufgrund des § 107 Abs. 2 Satz 2 GO NRW entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und nach den Bestimmungen dieser Satzung wie ein Eigenbetrieb, das heißt als Eigenbetriebsähnliche Einrichtung (nachfolgend Eigenbetrieb genannt) geführt.
- (2) Zweck der Tätigkeit des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist es, den Bedarf der Stadt an Leistungen, wie sie typischerweise zu den üblichen technischen Dienstleitungen von Bauhöfen und Fuhrparks gehören, für die Stadt, ihre Einrichtungen, ihre Eigengesellschaften oder im Rahmen von Beteiligungen bzw. interkommunaler Zusammenarbeit zu erbringen. Insbesondere gehören hierzu die Anlegung und Unterhaltung von Straßen, Wegen, Plätzen, Grünflächen, Sportanlagen, Spielplätzen, Leistungen für die Bereiche Straßenreinigung und Stadtentwässerung, aber auch Herstellungs- bzw. Erhaltungsleistungen an Gebäuden / baulichen Anlagen sowie zugehörigen technischen Anlagen und Einrichtungen einschließlich Außenanlagen. Weiterhin gehören hierzu Serviceleistungen für die in Satz 1 genannten Dienststellen, Einrichtungen usw.
- (3) Zum Betriebszweck gehören darüber hinaus
 - a) Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der öffentlichen Grünanlagen, Pflege und Unterhaltung von Ehrenmalen, Ehrengräbern, jüdische Friedhöfe und Gräbern der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft sowie der Grünflächenservice für die städt. Dienststellen und Einrichtungen wie Sportplätze, Kinderspielflächen, Grünanlagen der bebauten öffentlichen Grundstücke, Straßenbegleitgrün an Straßen und Wegen u. ä.
 - b) Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der städt. Friedhöfe einschl. der baulichen Anlagen.
- (4) Hoheitliche Befugnisse werden der Betriebsleitung nur im Rahmen dieser Satzung übertragen; ansonsten ist die Alte Hansestadt Lemgo – Die Bürgermeisterin bzw. Der Bürgermeister – Behörde.

§ 2
Name des Betriebes

Der Eigenbetrieb führt den Namen "Städtische Betriebe Lemgo".

§ 3
Betriebsleitung

- (1) Die Betriebsleitung besteht aus einer oder mehreren Personen. Der Eigenbetrieb wird von der Betriebsleitung selbständig geleitet, soweit nicht durch die Gemeindeordnung, die Eigenbetriebsverordnung oder diese Satzung etwas anderes bestimmt ist. Ihr obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung; sie ist für die wirtschaftliche Führung des Betriebes verantwortlich und hat die Sorgfalt einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführung anzuwenden. Zur laufenden

Betriebsführung gehören alle Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind, insbesondere der wirtschaftliche Einsatz des Personals, die Anordnung der notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen, die Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie der Investitionsgüter des laufenden Bedarfs, ferner der Abschluss der üblichen Werkverträge.

- (2) Sind mehrere Betriebsleiterinnen oder Betriebsleiter bestellt, so führen sie den Betrieb gemeinschaftlich. Bei Verhinderung vertreten sich die Betriebsleiterinnen/Betriebsleiter gegenseitig. Jedes Mitglied der Betriebsleitung handelt in seinem Aufgabengebiet allein. Entscheidungen von besonderer Bedeutung für den Gesamtbetrieb treffen die Mitglieder der Betriebsleitung gemeinsam. Wird eine Übereinstimmung nicht erzielt, entscheidet die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister. Der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin regelt mit Zustimmung des Betriebsausschusses die Geschäftsverteilung zwischen den Betriebsleiterinnen/ Betriebsleitern durch Dienstanweisung.

§ 4 Betriebsausschuss

- (1) Der Betriebsausschuss ist als gemeinsamer Betriebsausschuss zuständig für die Eigenbetrieblichen Einrichtungen „Städtische Betriebe Lemgo“, „Gebäudewirtschaft Lemgo“ sowie für die „Straßen und Entwässerung Lemgo“. Der gemeinsame Betriebsausschuss besteht aus 15 Mitgliedern; ihm können auch sachkundige Bürgerinnen und sachkundige Bürger angehören, wobei die Mehrzahl der Mitglieder des gemeinsamen Betriebsausschusses aus Ratsmitgliedern bestehen muss. Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder im Wettbewerb mit dem Eigenbetrieb steht oder für Betriebe tätig ist, auf welche die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied des Betriebsausschusses sein; im übrigen bleibt § 31 GO NRW unberührt.
- (2) Der Betriebsausschuss entscheidet in den Angelegenheiten, die ihm durch Gemeindeordnung und Eigenbetriebsverordnung übertragen sind; insbesondere entscheidet der Betriebsausschuss in den ihm vom Rat ausdrücklich übertragenen Angelegenheiten sowie in den folgenden Fällen:
- Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen gemäß § 15 der Eigenbetriebsverordnung;
 - Zustimmung zu Mehrauszahlungen gemäß § 16 der Eigenbetriebsverordnung, wenn sie für ein Einzelvorhaben im Vermögensplan mehr als 25.000 EUR betragen;
 - Vorschlag einer Prüferin bzw. eines Prüfers oder einer Prüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss gegenüber der Gemeindeprüfungsanstalt;
 - Zustimmung zu Verträgen, wenn der Wert im Einzelfall den Betrag von 200.000 EUR übersteigt; ausgenommen sind die Geschäfte der laufenden Betriebsführung und Angelegenheiten, die nach der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung oder durch die Hauptsatzung der Zuständigkeit des Rates vorbehalten sind;
 - Stundung von Forderungen, wenn sie im Einzelfall 25.000 EUR übersteigen und länger als 24 Monate gewährt werden;

- Erlass und Niederschlagung von Forderungen, wenn sie im Einzelfall 15.000 EUR übersteigen;
- Stellungnahme zu Weisungen der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters an die Betriebsleitung im Sinne von § 6 Abs. 2 Satz 2 der Eigenbetriebsverordnung, wenn die Betriebsleitung die Verantwortung für deren Durchführung nach pflichtgemäßem Ermessen nicht zu übernehmen können glaubt;
- Die Bestellung und Abberufung der Stellvertretung für die Betriebsleitung;
- Entscheidung über die Entlastung der Betriebsleitung.

- (3) Der Betriebsausschuss berät die Angelegenheiten vor, die vom Rat zu entscheiden sind. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister mit dem/ der Vorsitzenden des Betriebsausschusses (im Verhinderungsfall dessen/ deren Vertretung) entscheiden. § 60 Abs. 1 Satz 3 und 4 GO NRW gilt entsprechend.
- (4) In Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Betriebsausschusses unterliegen, entscheidet, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet und die Beschlussfassung des Betriebsausschusses nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister mit dem Vorsitzenden/ der Vorsitzenden oder dem/ der stellvertretenden Vorsitzenden des Betriebsausschusses. Der Betriebsausschuss ist von der Entscheidung unverzüglich zu unterrichten. §§ 15 Abs. 3 Satz 4 und 16 Abs. 5 Satz 3 der Eigenbetriebsverordnung bleiben unberührt.
- (5) An den Beratungen des Betriebsausschusses nimmt die Betriebsleitung teil; sie ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, ihre Ansicht zu einzelnen Punkten der Tagesordnung darzulegen.

§ 5 Rat

Der Rat entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung, die Eigenbetriebsverordnung oder die Hauptsatzung vorbehalten sind, insbesondere über

- die Errichtung, Erweiterung, Einschränkung und Auflösung des Eigenbetriebs,
- die Umwandlung der Rechtsform,
- die teilweise oder völlige Veräußerung oder Verpachtung des Eigenbetriebs,
- die Wahl der Mitglieder des Betriebsausschusses und ihrer Vertreterinnen oder Vertreter,
- die Bestellung und Abberufung der Betriebsleitung,
- die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes,
- die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresgewinns oder die Deckung des Verlustes,
- die Rückzahlung von Eigenkapital an die Stadt,
- die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung sonstiger Sicherheiten sowie solcher Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen,
- die Verfügung über Vermögen des Eigenbetriebs, die Veräußerung und Belastung von Grundstücken und die Vornahme von Schenkungen sowie die Hingabe von Darlehen zu Lasten des Eigenbetriebs, soweit es

sich nicht um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt,

- k) die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt.

§ 6

Bürgermeisterin/ Bürgermeister

- (1) Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister der Betriebsleitung Weisungen erteilen. Dies gilt nicht für Angelegenheiten der laufenden Betriebsführung, diese obliegen ausschließlich der Betriebsleitung.
- (2) Die Betriebsleitung hat der Bürgermeisterin/ den Bürgermeister über wichtige Angelegenheiten des Eigenbetriebes rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin bereitet im Benehmen mit der Betriebsleitung die Vorlagen für den Rat vor.
- (3) Glaubt die Betriebsleitung, nach pflichtgemäßem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung von Weisungen der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters nicht übernehmen zu können und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken der Betriebsleitung nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat sie sich an den Betriebsausschuss zu wenden. Wird keine Übereinstimmung zwischen dem Betriebsausschuss und der Bürgermeisterin/ dem Bürgermeister erzielt, so ist die Entscheidung des Hauptausschusses herbeizuführen.

§ 7

Kämmerin/ Kämmerer

Die Betriebsleitung hat der Kämmerin/ dem Kämmerer den Entwurf des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses, die Zwischenberichte, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Kostenrechnungen zuzuleiten; sie hat ihm ferner auf Anforderung alle sonstigen finanzwirtschaftlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 8

Personalangelegenheiten

- (1) Beim Eigenbetrieb sind in der Regel Angestellte und Arbeiter zu beschäftigen.
- (2) Der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin ist Dienstvorgesetzter/ Dienstvorgesetzte der Bediensteten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung. Die Befugnis zur Einstellung, Ein- oder Höhergruppierung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen von Arbeitnehmerinnen und kann, mit Ausnahme der Betriebsleiterinnen und -leiter, durch die Hauptsatzung (§ 7 Abs. 3 GO NRW) auf die Betriebsleitung übertragen werden. Soweit diese Befugnisse nicht auf Betriebsleitung übertragen werden, wird der Betriebsleitung rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme über die beabsichtigte Maßnahme gegeben; die Betriebsleitung hat ein Vorschlagsrecht für diese Personalangelegenheiten.
- (3) Beamtete Bedienstete, die beim Eigenbetrieb beschäftigt werden, sind im Stellenplan der Stadt zu führen und in der Stellenübersicht des Eigenbetriebes nachrichtlich anzugeben.

§ 9

Vertretung des Eigenbetriebes

- (1) Unbeschadet der anderen Organen zustehenden Entscheidungsbefugnisse wird die Stadt in Angelegenheiten des Eigenbetriebes durch die Betriebsleitung vertreten. Besteht die Betriebsleitung aus mehreren Mitgliedern, so vertreten zwei von ihnen gemeinschaftlich die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.
- (2) Die Betriebsleitung unterzeichnet unter dem Namen "Städtische Betriebe Lemgo" ohne Angabe eines Vertretungsverhältnisses, wenn die Angelegenheit ihrer Entscheidung unterliegt, die übrigen Dienstkräfte "Im Auftrag". In den Angelegenheiten, die der Entscheidung anderer Organe unterliegen und in denen die Betriebsleitung mit der Vertretung beauftragt wird, ist unter der Bezeichnung
"Alte Hansestadt Lemgo
Die Bürgermeisterin/ Der Bürgermeister
Städtische Betriebe"
unter Angabe des Vertretungsverhältnisses zu unterzeichnen.

§ 10

Wirtschaftsjahr

Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 11

Übertragung von Vermögen und Schulden, Stammkapital

Die Stadt bringt in den Eigenbetrieb Vermögensgegenstände des betrieblichen Anlage- sowie Umlaufvermögens ein, damit verbunden übernimmt der Eigenbetrieb einen angemessenen Betrag der Schulden der Stadt. Vermögenswerte und Schulden werden zugleich aus dem Haushalt der Stadt ausgliedert.

Welche Vermögensgegenstände und Schulden im Einzelnen übertragen werden, regelt der Rat durch den Ausgliederungsbericht.

Das Stammkapital der Städtischen Betriebe Lemgo beträgt 500.000 EUR.

§ 12

Wirtschaftsplan

- (1) Die Betriebsleitung hat vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht.
- (2) Die einzelnen Aufwandspositionen des Erfolgsplanes sind gegenseitig deckungsfähig. Ausgaben für verschiedene Vorhaben des Vermögensplanes, die sachlich eng zusammenhängen, sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrauszahlungen für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die 20 % des Ansatzes im Vermögensplan überschreiten und mehr als 10.000 EUR betragen, bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses. Bei Eilbedürftigkeit tritt an die Stelle der Zustimmung des Betriebsausschusses die Zustimmung der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters.

§ 13

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung

Der Eigenbetrieb stellt zusammen mit dem Wirtschaftsplan gemäß § 18 EigVO NRW eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung auf. Sie wird mit dem ihr zugrunde liegenden Investitionsprogramm jährlich fortgeschrieben. Sie ist mit dem Wirtschaftsplan dem Betriebsausschuss und dem Rat vorzulegen.

§ 14 Buchführung

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung führt ihre Rechnung nach den Regeln der doppelten Buchführung, die den für das Neue Kommunale Finanzmanagement geltenden Grundsätzen entsprechen muss. Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen werden die Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung NRW angewendet. Die Betriebsleitung entscheidet über den Zeitpunkt der Umstellung von der kaufmännischen doppelten Buchführung nach handelsrechtlichen Grundsätzen auf die Buchführung nach Satz 1.

§ 15 Zwischenberichte

Die Betriebsleitung hat die Bürgermeisterin/ den Bürgermeister und den Betriebsausschuss vierteljährlich einen Monat nach Quartalsende über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Ausführung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.

§ 16 Jahresabschluss und Lagebericht

- (1) Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind bis zum Ablauf der entsprechenden gesetzlichen Frist nach Ende des Wirtschaftsjahres von der Betriebsleitung aufzustellen und über die Bürgermeisterin/ den Bürgermeister dem Betriebsausschuss vorzulegen, der diese mit seinem Beratungsergebnis an den Rat zur Feststellung weiterleitet. In die Beratung durch den Betriebsausschuss ist das Ergebnis der Jahresabschlussprüfung nach § 106 Abs.1 GO NRW einzubeziehen.
- (2) Für die öffentliche Bekanntmachung nach § 26 Abs. 4 der EigVO NRW gelten die Regelungen der Hauptsatzung der Alten Hansestadt Lemgo betreffend öffentliche Bekanntmachungen der Stadt entsprechend.

§ 17 Prüfungsrechte der Örtlichen Rechnungsprüfung

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat das Recht zur Prüfung, insbesondere

- a) Prüfung von Vergabe,
- b) Prüfung von zahlungs- und buchunsbegründeten Unterlagen und der ihnen zugrunde liegenden Vorgänge.

Die der Örtlichen Rechnungsprüfung durch Gesetz zugewiesenen Prüfungsaufgaben bleiben unberührt.

§ 18 Gleichstellungsbeauftragte

Die Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten ist uneingeschränkt gegeben.

§ 19

Inkrafttreten

Die Betriebssatzung tritt am 01. Januar 2019 in Kraft.

Art. 3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2019 in Kraft

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Betriebssatzung der Alten Hansestadt Lemgo für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Städtische Betriebe Lemgo" wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder Anzeige fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Alten Hansestadt Lemgo vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lemgo, 11.12.2018

Alte Hansestadt Lemgo

Dr. Austermann
Bürgermeister